

Amtsblatt

der Evangelischen Landeskirche in Württemberg

Herausgegeben vom Evangelischen Oberkirchenrat in Stuttgart

Bd. 51 Nr. 9

13. August 1984

E 21410 B

Inhalt: Haushaltspläne und Steuerbeschlüsse der Kirchengemeinden für das Rechnungsjahr 1985

Haushaltspläne und Steuerbeschlüsse der Kirchengemeinden für das Rechnungsjahr 1985

Erlaß des Oberkirchenrats vom 3. Juli 1984

AZ 77.11 Nr. 72

I. Haushaltspläne

A. Allgemeines

1. Vordrucke und Haushaltssystematik

Die Haushaltspläne der Kirchengemeinden für das Rechnungsjahr 1985 sind nach dem im Rechnungsjahr 1972 eingeführten Gliederungssystem aufzustellen. Vordrucke für den Haushaltsplan können vom Vordruckverlag für Evang. Pfarrämter und Verwaltungen (Verlag Ungeheuer und Ulmer, 7140 Ludwigsburg, Körnerstraße 16, Postfach 1040) bezogen werden. Die Vordrucke für den Haushaltsplan- und Steuerbeschuß werden als Sonderdruck hergestellt und vom Oberkirchenrat versandt.

Im vorliegenden Haushaltserlaß werden die Haushaltsstellen entsprechend dem Haushaltsplanvordruck angegeben.

Für EDV-Anwender ist bei Abweichungen die erweiterte Haushaltsstelle nach der Haushaltstextdatei in Klammer beigefügt. Es wird dringend gebeten, die Verbindlichkeit der Haushaltsstellen nach den Zuordnungsrichtlinien streng zu beachten.

Die Bestimmungen dieses Erlasses gelten sinngemäß auch für die Kirchenbezirke und Verbände.

2. Zusammenschluß von Kirchengemeinden

Es wird erneut angeregt, daß in Gesamtkirchengemeinden und in Gemeinden mit gemeinschaftlichem Pfarramt geprüft werden sollte, ob eine Zusammenfassung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens zweckmäßig wäre.

Durch diese Zusammenfassung soll der rechtliche Bestand der einzelnen Kirchengemeinde nicht in Frage gestellt oder verändert werden. Sie dient vielmehr der Verwaltungsvereinfachung und trägt zur Entlastung der Pfarrer und Kirchengemeinderäte bei.

Es wird ferner auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht, daß sich die Kirchengemeinden eines Kirchenbezirks zu Buchungs- oder Kassengemeinschaften zusammenschließen, um die Buchführung mit Hilfe der EDV abzuwickeln.

3. Veranschlagung der Einnahmen

Bei Aufstellung des Haushaltsplans ist auf volle Ausschöpfung der eigenen Einnahmequellen der Kirchengemeinden zu achten. Miet- und Dienstwohnungsverhältnisse mit kirchlichen Mitarbeitern sind jeweils den Bestimmungen des § 19 Abs. 2 KAO (Abl. Bd. 45 S. 67) und den Wohnungsfürsorge Richtlinien (s. auch Nr. 7.) anzupassen. Für frei vermietete Wohnungen ist die ortsübliche Miete zu erheben. Die Hausgebühren (Mietnebenkosten) und die Ersätze für Personal- und Sachkosten sind voll zu erfassen und zu veranschlagen.

Die kommunalen Zuschüsse für die verschiedenen Zweige der Kirchlichen Sozialarbeit (z. B. Soziale Jugendarbeit, Beratungsstellen, Kindergärten und Diakoniestationen) sind – soweit noch nicht geschehen – durch vertragliche Vereinbarungen abzusichern.

Die Vorfinanzierung von Heizkosten für Mieter oder Dienstwohnungsinhaber ist nicht zulässig (ggf. sind Abschlagszahlungen anzufordern, welche an die gestiegenen Heizkosten anzupassen sind).

Die Kostenverteilung beim Betrieb zentraler Heizungsanlagen richtet sich nach der Verordnung vom 5.4.1984 (BGBl. I S.592). Danach sind bei der Heizkostenabrechnung nach Wärmemessern mindestens 50 v. H., höchstens 70 v. H. der Kosten nach dem Verbrauch und der Rest nach der Wohn- und Nutzfläche umzulegen. Entsprechende Meßgeräte wären anzubringen.

Im Falle der Heizkostenpauschalierung kann die Regelung des Landes hinsichtlich der Heizkostenbeiträge angewendet werden. Das Land hat für die Heizperiode 1983/84 die Heizkostenbeiträge wie folgt festgesetzt:

bei Verwendung von festen Brennstoffen	15,40 DM/m ²
für Wohnungen, die an eine Ölheizung angeschlossen sind	17,50 DM/m ²
Wohnfläche.	

Für Wohnungen, die mit Gas oder Fernwärme beheizt werden, gilt der jeweilige Gasbezugs- bzw. Fernwärmepreis auf der Grundlage einer Verbrauchsmenge von 260 kWh/m²/Jahr bei Gas und von 200 kWh/m²/Jahr bei Fernheizung.

Für die Warmwasserversorgung wird darüber hinaus ein Betrag von 22 v. H. des Heizkostenbetrags erhoben.

4. Kirchgeld

Der Erhebung des Kirchengelds ist besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, da diese Einnahmen den Kirchengemeinden als Teil der freien Mittel zur Finanzierung besonderer örtlicher Aufgaben zur Verfügung stehen. Es ist aus § 1 der Verordnung des Oberkirchenrats über die Ortskirchensteuer vom 29. Dezember 1975 (Abl. Bd. 47 S. 11) hinzuweisen, wonach die Kirchengemeinden verpflichtet sind, das Kirchgeld zu erheben. Es liegt also nicht in ihrem Ermessen, ob und inwieweit sie dies tun wollen.

Als voraussichtliches *Kirchgeldaufkommen* ist im Haushaltplan (HHSt. 91.016) mindestens der Betrag zu veranschlagen, der sich ergibt, wenn man 5 bis 10 v. H. aller Gemeindeglieder als kirchgeldpflichtig annimmt. Die Festlegung einer oberen Altersgrenze für die Kirchgeldpflicht ist unzulässig.

5. Ausgabenplansätze

Bei der *Bemessung der Ausgabenplansätze* (z. B. bei Geschäftsaufwand, bei Telefon- und Fahrtkosten) ist ein strenger Maßstab anzulegen. Auch durch Einschränkungen bei der Herstellung von Informations- und Arbeitsmaterial sowie durch die Konzentration der Dienste könnten notwendige Einsparungen erreicht werden. Im übrigen sollten sich die Plansätze am tatsächlich notwendigen Bedarf und am vorliegenden Rechnungsergebnis orientieren.

Bei Zuschüssen an Vereine und Einrichtungen (z. B. Diakoniestationen) sind die neuesten Wirtschaftspläne und Rechnungsabschlüsse einschließlich Vermögensübersicht Voraussetzung und Grundlage für den Plansatz. Zuschüsse können grundsätzlich nur zur Verminderung eines tatsächlichen Abmangels gewährt werden. Die Teilhaushaltspläne (Verwaltungsplan, Wirtschaftsplan u. a.) der rechtlich unselbständigen Einrichtungen der Kirchengemeinden und Kirchenbezirke sind dem Haushaltsplan als Anlage anzuschließen.

Die Mittel sind nach Maßgabe des Haushaltsplans so zu verwalten, daß sie zur Deckung aller notwendigen Ausgaben bis zum Schluß des Rechnungsjahres ausreichen. Werden unvorhergesehene überplanmäßige oder außerplanmäßige Ausgaben notwendig, so muß ein Ausgleich durch Einsparungen bei anderen Plansätzen gesucht werden. Unzulässig ist es, Ausgaben zu machen, für die keine Deckung vorhanden ist. Auch wenn im Haushaltsplan Mittel für bestimmte Ausgaben veranschlagt sind, so ist dennoch vor der Ausgabe der Beträge zu prüfen, ob die Ausgabe ganz oder teilweise oder ob sie zum beabsichtigten Zeitpunkt bei wirtschaftlicher und sparsamer Verwaltung nötig ist. Die Stelle, die über Haushaltsmittel zu verfügen hat, muß die Frage im einzelnen Fall entscheiden und sich dabei von den vorstehend genannten Gesichtspunkten leiten lassen. Über- oder außerplanmäßige Ausgaben können nicht durch eine Kirchensteuerschlußzuweisung abgedeckt werden. In diesem Zusammenhang wird auf § 67 Abs. 2 VVO I hingewiesen, wonach der Vollzug einer veranschlagten Rücklagezuführung auszusetzen ist, wenn und soweit sich sonst ein Fehlbetrag ergeben würde. Dies gilt auch, wenn die Rücklagezuführung aus sogenannten „freien Mitteln“ finanziert werden soll, jedoch nicht bei Erübrigungen aus Gebäudeunterhaltungsmitteln.

6. Genehmigung und Besetzung von Personalstellen

Neue Planstellen für Mitarbeiter dürfen ohne vorherige Zustimmung des Kirchenbezirksausschusses (§ 5 a KAO) und Genehmigung des Oberkirchenrats im Haushaltsplan nicht vorgesehen werden. Gleiches gilt auch bei der Umwandlung einer nebenberuflichen in eine hauptberufliche Stelle und bei der Erhöhung der dienstlichen Inanspruchnahme einer hauptberuflichen Stelle und für die Erweiterung nebenberuflicher Stellen um mehr als 3 Wochenstunden (30 Rechnungseinheiten). Auf das Rundschreiben des Oberkirchenrats betreffend einheitlicher Jahrestermine für Anträge der Kirchengemeinden und Kirchenbezirke auf Genehmigung neuer Stellen für kirchliche Mitarbeiter oder der Erweiterung vorhandener Stellen vom 31.1.1984 AZ 20.00-1 Nr. 179/8 wird hingewiesen.

Auch zur Wiederbesetzung freigewordener hauptberuflicher Stellen ist die Zustimmung des Kirchenbezirksausschusses einzuholen, wenn die dafür erforderlichen Mittel als ordentlicher Bedarf anerkannt werden sollen. Dabei ist unter Anlegung eines strengen Maßstabs zu prüfen, ob ihre weitere Beibehaltung begründet ist.

Die Veranschlagung von Personalausgaben ist nur für genehmigte Stellen zulässig. Für Stellen, die voraussichtlich nicht oder nur zu einem Teil des Jahres besetzt werden können, sind keine bzw. entsprechend gekürzte Mittel vorzusehen. Personalkosteneinsparungen sind beim Rechnungsabschluß der Personalkostenrücklage zuzuführen.

7. Grundlagen für die Berechnung der Personalkosten (Hauptgruppe 4)

7.1 Bei der Berechnung der Plansätze für den Besoldungs- und Vergütungsbedarf sind die Kirchliche Anstellungsordnung in ihrer neuesten Fassung (Abl. Bd. 44 S. 229, 383; Bd. 45 S. 67, 153, 363; Bd. 46 S. 75, 320; Bd. 47 S. 9; Bd. 48 S. 102, 234; Bd. 49 S. 94, 176, 230; Bd. 50 S. 174, 370, 395, 728; Bd. 51 S. 9, 112) sowie die Rundschreiben vom 15.7.1983, AZ 25.30 Nr. 288/8 (Erhöhung der Vergütungen), vom 28. Juli 1983, AZ 24.30 Nr. 134/2 (Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge), vom 6.4.1983, AZ 25.00 Nr. 186/8 (Eingruppierung neuer Mitarbeiter ohne Berufserfahrung), vom 15.7.1980 AZ 25.00 Nr. 150/8 (Auslegung von § 14 Abs. 6 KAO), vom 28.6.1977 AZ 25.30 Nr. 189/8 und vom 16.6.1981 AZ 25.30 Nr. 261/8 (betr. Urlaubsgeld an die hauptberuflichen Mitarbeiter) zugrunde zu legen. Wegen der vermögenswirksamen Leistungen an kirchliche Mitarbeiter wird auch auf die Rundschreiben vom 12.12.1975 AZ 20.42-1 Nr. 8/8 und vom 24.2.1981 AZ 20.42-1 Nr. 14/8 sowie auf § 50 Kirchenbeamtengesetz i.d.F. von § 4 des Gesetzes vom 21.12.1971 (Abl. Bd. 45 S. 91) i.V. mit dem Bundesgesetz über vermögenswirksame Leistungen i.d.F. von Art. VI Nr. 1 des 2. BesVNG vom 23.5.1975 (BGBl. I S. 237) und Abschnitt F bzw. B der oben genannten Rundschreiben vom 15.7.1983 und 28.7.1983 Bezug genommen.

Die Vergütung der Auszubildenden und Praktikanten wurde mit Rundschreiben vom 31.5.1983 AZ 25.30 Nr. 282/8 neu geregelt (Abl. Bd. 50 S. 395).

7.2 Wegen der Jubiläumszuwendung wird auf Abl. Bd. 49 S. 104 und das Rundschreiben vom 4.3.1980 AZ 20.05 Nr. 21/8 verwiesen.

7.3 Die Lohnsteuerpauschalierung bei kurzfristig und in geringem Umfang und gegen geringen Arbeitslohn beschäftigten Mitarbeitern wurde mit Rundschreiben vom 6.3.1978 AZ 20.52 Nr. 79/2 mit Wirkung ab 1. Juli 1978 neu geregelt. Danach ist grundsätzlich darauf hinzuwirken, daß bei fort-dauernden Arbeitsverhältnissen eine Lohnsteuerkarte vorgelegt wird.

Auf die steuerliche Behandlung der Bezüge von nebenberuflich tätigen Organisten und Chorleitern sowie von Katecheten mit einem nebenberuflichen Lehrauftrag wurde mit Rundschreiben des OKR vom 4.12.1978 AZ 20.52 Nr. 101/8 hingewiesen.

7.4 Die Fahrtkostenzuschüsse an hauptberufliche Angestellte bis Verg. Gr. Vc BAT und Beamte bis Bes. Gr. A 8 LBO richten sich nach dem Rundschreiben vom 13.2.1984 AZ 20.42-3 Nr. 174/8. Die Eigenbeteiligung des Mitarbeiters beträgt seit 1. März 1984 mtl. 45,- DM, in den Vergütungsgruppen X und IXb BAT 35,- DM monatlich, „der Fahrtkostenzuschuß jedoch höchstens 120,-DM monatlich“.

7.5 Wegen der Sonderzuwendungen wird auf das Rundschreiben vom 2.11.1983 AZ 20.37 Nr. 60/8 sowie auf § 4 des Gesetzes vom 21. Dezember

1971 (Abl. Bd. 45 S. 91) in Verbindung mit dem Bundesgesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung i.d.F. von Art VI Nr. 2 des 2. BesVNG vom 23.5.1975 (BGBl. I S. 1238) hingewiesen.

7.6 Die ab 1.7.1979 geänderten Mutterschutzbestimmungen wurden mit Rundschreiben vom 17.9.1979 AZ 20.01-3 Nr. 6/8 mitgeteilt.

7.7 Die Wohnungsfürsorgerichtlinien vom 14. Juli 1981 (Abl. Bd. 49 S. 429) i.d.F.d. VO vom 22.11.1983 (Abl. Bd. 50 S. 725) sind für die Kirchengemeinden und Kirchenbezirke verbindlich. Bei Mietzuschüssen oder Mieten, die von der zumutbaren Belastung abhängig sind, ist auf eine jährliche Überprüfung zu achten; auf das Rundschreiben vom 26. Juli 1978 AZ 20.42-5 Nr. 95/8 (Mesner- und Hausmeisterwohnungen), das Rundschreiben zu Dienstwohnungsfragen vom 20.11.1980 AZ 20.42-5 Nr. 114/8 und das Rundschreiben vom 17.12.1980 AZ 20.42-5 Nr. 128/8 (staatl. Wohngeld) wird aufmerksam gemacht.

Wohnungsfürsorgedarlehen sind grundsätzlich aus Rücklagemitteln zu gewähren. Kapitalmarktmittel dürfen nicht in Anspruch genommen werden.

7.8 Die Gewährung von Beihilfen an hauptberufliche Mitarbeiter richtet sich nach der Bekanntmachung des Oberkirchenrats vom 11.5.1981 AZ 20.41-1 Nr. 306 (Abl. Bd. 49 S. 329) mit Änderungen vom 3.3.1982 AZ 20.41-1 Nr. 3337 (Abl. Bd. 50 S. 33).

7.9 Die vom Arbeitgeber aufzubringende Umlage zur Zusatzversorgungskasse beträgt ab 1.1.1985 neu 4 v. H. des maßgeblichen Arbeitsentgelts. Für nach dem 1.4.1984 neu aufgenommene Mitglieder erhöht sich die Umlage in den ersten zehn Jahren auf 5 v. H. Auf die Änderung bzw. Neuregelung sozial- und zusatzversicherungsrechtlicher Bestimmungen (Rundschreiben des Oberkirchenrats vom 12.4.1978 AZ 25.30 Nr. 199/8) wird hingewiesen.

Anerkennungspraktikanten während des einjährigen Berufspraktikums sind in der Zusatzversicherung versicherungsfrei, Vorpraktikanten in Kindergärten zum Zwecke der Ausbildung jedoch nur dann, wenn sie mit einem befristeten Vertrag nach dem im Rundschreiben vom 29.6.1982 AZ 46.00 Nr. 548/8 bekanntgemachten Muster beschäftigt werden.

Für kirchliche Mitarbeiter, die an Stelle der Mitgliedschaft bei der ZVK die Fortsetzung ihrer bisherigen Zusatzversicherung beantragt haben, ist die mit Erlaß vom 27.1.1976 (Abl. Bd. 47 S. 16) mitgeteilte Beitragstabelle maßgebend (vgl. Abschn. B der Bekanntmachung v. 24.2.1977, Abl. Bd. 47 S. 376).

7.10 Nach § 8 des Schwerbehindertengesetzes i.d.F. der Bekanntmachung vom 8.10.1979 (BGBl. I S. 1649) haben alle Dienstgeber mit mindestens 16 hauptberuflichen Arbeitsplätzen, die weniger als die vorgeschriebene Zahl von Schwerbehinderten beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflicht-

platz eine Ausgleichsabgabe von monatlich 100,- DM zu entrichten. Auf die Rundschreiben vom 16.6.1975 AZ 23.09 zu Nr. 10/8, vom 25.3.1976 Nr. 14/8 und vom 1.4.1980 Nr. 35/8 wird hingewiesen.

Die Ausgleichsabgabe ist bei HHSt. 76.49 (767.499) zu veranschlagen.

7.11 Nach dem Rundschreiben des Oberkirchenrats vom 11. April 1984 AZ 20.07 Nr. 64/8 ist die Kirche mit ihren Einrichtungen von der Zahlung des Konkursausfallgeldes befreit. Die Veranschlagung von Konkursausfallgeld (UGr. 435) entfällt daher.

8. Zentrale Gehaltsabrechnung

Der jährliche Kostenanteil für die Leistungen der ZGASSt bei der Kasse des Oberkirchenrats beträgt je Besoldungsabrechnungsfall und je Vergütungsabrechnungsfall mit Sozialversicherungspflicht 96,- DM und je Vergütungsfall ohne Sozialversicherungspflicht 42,- DM.

Die Höhe des Ersatzbetrags wird den Rechtsträgern und den zuständigen Verwaltungsstellen mitgeteilt, damit die erforderlichen Mittel in den Haushaltsplan eingestellt werden können. Aus Zeitgründen wird für die Berechnung des Kostenanteils die Zahl der abgerechneten Fälle des Stichmonats Juni 1984 zugrunde gelegt. Wegen der Einbeziehung in die Betriebskostenabrechnungen mit der bürgerlichen Gemeinde ist der entsprechende Aufwand für die Mitarbeiter im Kindergarten bei HHSt. 221.69 (221.6939), in der Krankenpflege- und Diakoniestation bei HHSt. 251 bzw. 254.69 (251 bzw. 254.6939), für die übrigen Mitarbeiter weiterhin bei HHSt. 76.69 (766.6939) zu veranschlagen.

9. Feststellung des laufenden Bedarfs

Soweit die haushaltsplanmäßigen Ausgaben für das Rechnungsjahr 1985 nicht durch den Ertrag der Ortskirchensteuer und andere Einnahmen gedeckt werden können, erhalten die Kirchengemeinden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel Zuweisungen aus dem Aufkommen der einheitlichen Kirchensteuer (Zuschlag zur Einkommen-[Lohn] Steuer) nach Maßgabe ihres festgestellten und geprüften *Bedarfs*. Das Prinzip der Kirchensteuer-Zuweisungen nach Maßgabe des Bedarfs setzt voraus, daß dieser Bedarf in allen Kirchengemeinden nach gleichen vom Sparsamkeitswillen geprägten Grundsätzen festgestellt wird.

Damit das Finanzwesen der Kirchengemeinden in seiner Gesamtheit nicht gefährdet wird, erhalten die Kirchengemeinden zunächst nur die Mittel, die sie zur Deckung ihrer *laufenden* Ausgaben brauchen.

Wie in den Vorjahren sind die Mieteinnahmen in voller Höhe zur Deckung der laufenden Ausgaben heranzuziehen. Eine Stärkung der Bauunter-

haltungsrücklage ist im Rahmen des nicht für die laufende Unterhaltung benötigten Plansatzes von 7 v.H. (bisher 6 v.H.) des Brandversicherungsanschlages möglich (vgl. Nr. 14 Abs. 7). Mieteinnahmen können auch zur Finanzierung des Schuldendienstes für die betreffenden Gebäude verwendet werden.

10. Finanzierung der außerordentlichen Ausgaben

Ausgaben für den Erwerb von Grundvermögen für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, für nichtregelmäßig wiederkehrende Instandsetzungen und Generalinstandsetzungen, Ausgaben für die Anschaffung von beweglichem Vermögen i.S. der Zuordnungsrichtlinien zu Gr. 942 der Haushaltssystematik und für die Neueinrichtung sonstiger Anlagen, Anteilsbeträge des ordentlichen Haushalts zu außerordentlichen Vorhaben, Zuführungen zu Rücklagen und zum Betriebskapital dürfen im Haushaltsplan nur veranschlagt werden, wenn

a) hierfür ein bei Haushaltsstelle 99.291 in Einnahme veranschlagter Überschuß zur Verfügung steht und der Kirchenbezirksausschuß bei der Genehmigung des Haushaltsplans der Verwendung für vermögenswirksame Ausgaben ausdrücklich zustimmt, oder

b) entsprechende Einnahmeplansätze aus zweckbestimmten Gaben, Beiträgen und Einzelspenden oder Rücklageentnahmen gegenüberstehen,

c) die haushaltsplanmäßigen Ausgaben für das Rechnungsjahr 1985 durch den Ertrag der Ortskirchensteuer und die sonstigen Einnahmen gedeckt werden können, die Kirchengemeinde also nicht auf Zuweisungen aus dem Aufkommen an einheitlicher Kirchensteuer angewiesen ist, oder

d) noch frei verfügbare Mittel nach Nr. 11 zur Verfügung stehen.

Die bei HHSt. 83.11 zu veranschlagenden Zinseinnahmen aus Geldanlagen (vgl. unten Nr. 33) dürfen, soweit dies der eingeengte Finanzierungsspielraum für Investitionsausgaben der Kirchengemeinden zuläßt, zur Finanzierung von Bauvorhaben verwendet oder einer Rücklage zugeführt werden, wenn es sich um Zinseinnahmen handelt:

a) aus Rücklagen für Vorhaben, die in die Bauübersicht (ohne Anhang) des Kirchenbezirks aufgenommen sind,

b) aus Rücklagemitteln, die aus Sonderopfer, Spenden, Basarerlösen u. ä. stammen.

Der Ausgabeplansatz ist entsprechend zu erläutern.

11. Berechnung und Verwendung der frei verfügbaren Mittel

11.1 Um den Einzug des Kirchgelds und die Opferfreudigkeit zu fördern und den Kirchengemeinden einen größeren finanziellen Ermessensspielraum zu geben, wird ihnen gestattet, in Höhe

a) des bei Haushaltsstelle 91.016 in Einnahme veranschlagten Kirchgeldeintrags,

b) des bei Haushaltsstelle 011.21 veranschlagten Opfers,

c) von 1,- DM pro Gemeindemitglied nach dem Stand auf 31. Dezember 1983, wie er sich aus der Statistik des kirchlichen Lebens ergibt,

Ausgaben der in Nr. 10 genannten Art und Ausgaben, zu deren Finanzierung üblicherweise Opfer verwendet werden (z.B. Unterstützung diakonischer und missionarischer Einrichtungen und Vorhaben), im Haushaltsplan zu veranschlagen (sogenannte frei verfügbare Mittel).

Nach dem Rundschreiben vom 23.11.1983 AZ 19.2 Nr. 174/2 werden bei oben Buchst. c) nur noch die Gemeindeglieder gezählt, die mit Hauptwohnsitz in einer Kirchengemeinde gemeldet sind.

11.2 Wenn die ausschließliche Verwendung freier Mittel für einmalige Ausgaben gegenüber der Gesamtheit der anderen Kirchengemeinden des Kirchenbezirks nicht gerechtfertigt wäre (z.B. bei starker finanzieller Belastung der Kirchengemeinde durch den Kindergarten wegen zu geringer Beteiligung der bürgerlichen Gemeinde oder bei *außergewöhnlichen* Aufwendungen für spezielle Gemeindeveranstaltungen oder -einrichtungen), kann der Kirchenbezirksausschuß anordnen, daß die freien Mittel ganz oder teilweise als Deckungsmittel für die betreffenden Plansätze zu verwenden sind.

11.3 Die frei verfügbaren Mittel sind vorrangig zur Finanzierung des Schuldendienstes der Kirchengemeinde zu verwenden, sofern nicht der Oberkirchenrat bei der Darlehensgenehmigung ausdrücklich eine andere Regelung getroffen hat.

11.4 In Gesamtkirchengemeinden sollen grundsätzlich die einzelnen Kirchengemeinderäte über die Verwendung der „freien Mittel“ bestimmen können. Dies gilt aber nur, soweit die Mittel nicht zur Finanzierung eines der betr. Kirchengemeinde oder gemeinsamen Zwecken dienenden Bauvorhabens der Gesamtkirchengemeinde oder zur Deckung des Schuldendienstes für solche Vorhaben herangezogen werden müssen (vgl. die Aufgabenverteilung nach der Ortssatzung).

12. Verteilung der Bedarfszuweisungen durch die Kirchenbezirksausschüsse

Der Oberkirchenrat wird den Dekanatämtern den Gesamtbetrag der Bedarfszuweisungen mitteilen, die aus einheitlicher Kirchensteuer 1985 für die Kirchengemeinden ihres Kirchenbezirks voraussichtlich zur Verfügung stehen. Aus diesen Mitteln ist zunächst der haushaltsplanmäßige Bedarf der Kirchengemeinden zu decken. Die verbleibenden Mittel sind vom Kirchenbezirksausschuß als weitere Bedarfszuweisungen zur Bestreitung einmaliger Ausgaben an die in Betracht kommenden Kirchengemeinden zu verteilen.

13. Termine

Die ortskirchlichen Haushaltspläne für das Rechnungsjahr 1985 sind möglichst bald aufzustellen und *spätestens bis 15. März 1985* dem Kirchenbezirksausschuß vorzulegen. Dem Oberkirchenrat sind die für ihn bestimmten Ausfertigungen des ortskirchlichen Haushaltsplans sowie des Haushaltsplan- und Steuerbeschlusses *spätestens bis 30. April 1985* vorzulegen.

B. Im einzelnen

14. Zu Unterabschnitt 011 Gottesdienst:

Der Anteil der *bürgerlichen Gemeinde* an den Kosten der Instandhaltung von Kirchturm, Uhr und Glocken ist unter HHSt. 011.054 nachzuweisen, wenn es sich um einen festen Betrag handelt oder wenn die entsprechenden Ausgaben unter HHSt. 011.51 erfaßt sind. In allen übrigen Fällen kommt HHSt. 011.374 in Betracht.

Die *Opfer für die eigenen Bedürfnisse* der Kirchengemeinde sind, soweit sie nicht ausdrücklich für einen besonderen Zweck bestimmt werden, bei HHSt. 011.21 zu veranschlagen. Sofern bisher ein Anteil am allgemeinen Opfer als Beitrag für die Weltmission bestimmt, also nicht bei UA 011, sondern bei UA 382 veranschlagt worden ist, sollte nicht mehr so verfahren werden. Bei UA 382 sind nur Sonderopfer zu veranschlagen und zu buchen, die ausdrücklich für diesen Zweck bestimmt wurden.

Opfer mit besonderer Zweckbestimmung sind bei der ihrem Zweck entsprechenden Funktion zu veranschlagen, und zwar für Investitionen unter Gruppe 35 und für allgemein kirchliche Aktivitäten unter Gruppe 21.

Der Finanzierung von kirchlichen Einrichtungen (z. B. Kindergarten, Diakoniestation) durch besondere Opfer der Gemeindeglieder kommt eine

wesentliche Bedeutung zu. Dies gilt auch für gezielte Opfer für Ausgaben der ökumenischen Diakonie und Mission.

Den Einnahmeplansätzen für zweckbestimmte Opfer, Spenden, Zuweisungen und Zuschüsse bei Gruppe .35.,.363 und .374 müssen entsprechende Ausgabeplansätze gegenüberstehen (z. B. Gruppe .87.,.91.,.95 und .98).

Für die laufende Unterhaltung (Instandhaltung, Erhaltung) und Wartung der kirchlichen Gebäude einschl. Zubehör (Orgel, Uhr, Glocken usw.) sowie für solche Instandsetzungen, die zwar nicht jährlich aber doch in kürzeren Zeitabständen wiederkehren, sind unter Gruppe .51 Mittel in Höhe von i. d. R. 7 v. H. (bisher 6 v. H.) des Brandversicherungsanschlages bzw. für jedes Staatspfarrhaus (Abschn. 05) 1200,- DM zu veranschlagen. Erübrigungen bei diesen Mitteln sind unter Berücksichtigung eventueller Ersätze oder Zuschüsse Dritter beim Rechnungsabschluß einer Unterhaltungsrücklage zuzuführen. Es wird empfohlen, für sämtliche Gebäude eine gemeinsame Unterhaltungsrücklage zu bilden. Die Mittel dieser Rücklage dürfen nicht für Neubauvorhaben, für Anschaffungen oder zur Deckung anderer über- oder außerplanmäßiger Ausgaben bei anderen Haushaltsstellen herangezogen werden. Soweit der Regelsatz auch bei Heranziehung von in den Vorjahren angesammelten Rücklagemitteln oder zweckbestimmten Opfern, Spenden, Zuschüssen nicht ausreicht, sind in der Erläuterungsspalte oder in einer besonderen Beilage nähere Angaben über Art, Dringlichkeit und Finanzierung des Vorhabens zu machen, damit der Kirchenbezirksausschuß entscheiden kann, ob oder inwieweit die Aufwendungen als ordentlicher unabweisbarer Bedarf anzuerkennen sind. Die Durchführung der regelmäßigen Bauschau (vgl. Rundschreiben vom 28.8.1981 AZ 40.00 Nr. 51/2) wird empfohlen.

Vermögenswirksame Baumaßnahmen im Sinne der Zuordnungsrichtlinien zu Gr. 95 der Haushaltssystematik (Neubauten und andere Baumaßnahmen, durch die das Bauwerk in seiner Substanz vermehrt, in seinem Wesen verändert oder über seinen bisherigen Zustand hinaus erheblich verbessert wird, wie z. B. durch Generalinstandsetzungen, Anbau oder Umbau mit besseren Nutzungsmöglichkeiten) bzw. Anteilsbeträge zu diesen Vorhaben und die Neueinrichtung von Zubehör sind nur insoweit im Haushaltsplan zu veranschlagen, als sie aus Zuschüssen Dritter, Opfer, Spenden, freien Haushaltsmitteln u. ä. oder durch Entnahmen aus Rücklagen finanziert werden.

Wegen der Anschaffung (Gruppe .95) und Wartung (Gruppe .51) von Glocken, Glockenstühlen, Glockenarmaturen und Turmuhranlagen wird auf den Erlaß des Oberkirchenrat vom 20.3.1978 AZ 42.913 Nr. 4 (Abl. Bd. 48 S. 105) und wegen der Orgelpflege auf die Ordnung vom 25.7.1979 (Ab. Bd. 48 S. 349) hingewiesen.

Die *Bewirtschaftungskosten* (Aufwendungen für Reinigung, Heizung, Beleuchtung, Steuern und andere öffentliche Abgaben, Versicherungsprämien)

sind unter HHSt. 011.52 zu veranschlagen. Die hierin enthaltenen Heizungskosten sind in den Erläuterungen bzw. durch Untergliederung in der 3. Stelle der Gruppierungsnummer (011.521 Heizung) auszuweisen.

Um den Anstieg der Heizungskosten zu begrenzen, sind die Kirchengemeinden aufgefordert, alle Möglichkeiten zur Energieeinsparung auszuerschöpfen. Die Rundschreiben vom 9.12.1977 AZ 42.96-1 Nr. 26/5, vom 31.8.1979 AZ 40.00 Nr. 32/2 und vom 10.3.1980 Nr. 43/2 sind zu beachten.

Die Aufwendungen für *Ausstattungs- und Einrichtungsgegenstände* für Kirchengebäude und Gottesdienst (auch Gesangbücher) werden unter HHSt. 011.55 ausgewiesen, sofern es sich nicht um vermögenswirksame Neuanschaffungen handelt. Die *Neuanschaffung von beweglichen Sachen* gilt in Abweichung von § 53 VVOI nur dann als vermögenswirksame Ausgabe mit der Verpflichtung zum Eintrag in das Fahrnisverzeichnis, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten für den einzelnen Gegenstand (oder die Sachgemeinschaft = größere Anzahl gleicher Gegenstände bei Erstausrüstung oder Ersatzbeschaffung) mehr als 150,- DM betragen, der Gegenstand selbständig bewertungs- und nutzungsfähig ist und eine Lebensdauer von mehr als drei Jahren hat.

Bei genehmigungspflichtigen kirchlichen Bauvorhaben (Ausf. VO z. KGO Ziff. 63 vom 26.4.1983 Abl. Bd. 50 S. 475) sind die Rundschreiben vom 31. August 1956 Nr. A 11758, vom 5. September 1956 Nr. A 12004, vom 27. September 1958 Nr. A 11073, vom 29. März 1961 Nr. A 4572, vom 4. März 1976 AZ 40.00 Nr. 15/5, vom 28. Juli 1976 AZ 40.00 Nr. 17/5 und vom 12.6.1981 AZ 40.00 Nr. 49/2 zu beachten.

Die vorstehenden Erläuterungen gelten sinngemäß auch für Gemeindehaus (Abschnitt 03), Pfarrhaus (Abschnitt 05), Kindergarten (Unterabschnitt 221) usw. wobei für die Unterhaltung des Kindergartengebäudes wegen der Abrechnung mit der bürgerlichen Gemeinde nur der tatsächliche Aufwand zu veranschlagen ist.

15. Zu Abschnitt 02 Kirchenmusik:

Der Mitgliedsbeitrag an den Verband Evang. Kirchenmusik in Württemberg wird bei HHSt. 02.67 veranschlagt.

Wegen des Pauschalabkommens mit der Gema über kirchenmusikalische Aufführungen wird auf die Bekanntmachung des Oberkirchenrats vom 16.12.1980 AZ 50.40-2 Nr. 94 (Abl. Bd. 49 S. 245) und das diesbez. Rundschreiben vom 18.1.1979 AZ 50.40-2 Nr. 75/14 hingewiesen.

Die in den Kirchenbezirken ab 1.1.1984 erhobenen Teilnehmerbeiträge für C-Lehrgänge bzw. Anerkennungsgebühren für Organistenkurse (vgl. Rundschreiben vom 26.9. und 15.11.1983 AZ 59.164 Nr. 2/2) sind bei HHSt. 02.15 zu veranschlagen.

16. Zu Abschnitt 03 Allgemeine Gemeindearbeit:

Hier und ggf. bei Abschnitt 52 Erwachsenenbildung wären auch Mittel für Gemeindefeminare u. ä. vorzusehen. Der zunehmenden Bedeutung spezieller Gemeindearbeit wie Gruppenseelsorge, Seminare mit biblischen, theologischen, diakonischen Themen und Zielsetzungen, sollte durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel im ortskirchlichen Haushaltsplan Rechnung getragen werden (siehe Nr. 30). Bei der Zahlung von Honoraren sind die Richtlinien vom 1.3.1983 (Abl. Bd. 50 S. 323) zu beachten.

Wegen der Kosten für die Bibelstudienkurse wird auf das Rundschreiben des Oberkirchenrats vom 22.12.1977 AZ 77.11 Nr. 37/2 verwiesen.

Hinsichtlich der Erhebung von Mieten oder Gebühren für die Benutzung von Gemeindehäusern wird auf das Rundschreiben des Oberkirchenrats vom 31.12.1969 AZ 43.50 Nr. A 23057/2 hingewiesen. Hiernach soll nur bei offenkundig nichtkirchlichen Veranstaltungen ein Kostenersatz gefordert werden, nicht aber bei Veranstaltungen kirchlicher oder der Kirche nahestehender Gruppierungen.

Um den Personalaufwand für hauptberufliche Gemeindehausverwalter und Gemeindediakone getrennt zu erfassen, ist dieser für Gemeindehausverwalter unter HHSt. 03.423 und für Gemeindediakone unter HHSt. 03.4238 zu veranschlagen.

17. Zu Abschnitt 04 Kirchliche Unterweisung:

Im Abschnitt 04 sind die Aufwendungen für Religionsunterricht und Konfirmandenunterricht zu veranschlagen (Konfirmandenbibeln und Denksprüche HHSt. 04.66, Zuschüsse zu Konfirmandenfreizeiten HHSt. 04.79), ebenso Aufwendungen für Christenlehre.

Wegen der Erteilung von Religionsunterricht im Nebenamt oder Nebenberuf wird auf die Rundschreiben vom 14. November 1978 AZ 62.00 Nr. 243/2 und vom 15. Juli 1983 AZ 25.30 Nr. 288/8 Buchst. E Abs. IV (erhöhte Vergütungssätze ab 1.8.1980) hingewiesen.

Die Verpflichtung der Gemeindepfarrer zur Erteilung von Religionsunterricht an den Schulen ergibt sich aus der Kirchl. Verordnung vom 28.2.1978 (Ab. Bd. 48 S. 82).

Wegen der Schäden an Audiovisuell-Medien wird auf die Rundschreiben vom 12.12.1979 AZ 56.48 Nr. 180/12 vom 29.1.1980 Nr. 186/12 und vom 6.12.1983 Nr. 302/12 verwiesen.

Im Hinblick auf die rasche technologische Entwicklung wird von dem Kauf audiovisueller Medien (z. B. Videorecorder) dringend abgeraten (vgl. Rundschreiben vom 5.7.1982 AZ 56.40-1 Nr. 15/12 und vom 12.6.1984 AZ 56.48-3 Nr. 8/12).

18. Zu Abschnitt 05 Pfarrdienst:

Der Oberkirchenrat gewährt für dringende umfangreiche Instandsetzungsarbeiten und bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in den Pfarrhäusern Beiträge aus dem Ausgleichsstock-Verfügungsbetrag (vgl. Rundschreiben des Oberkirchenrats vom 12.6.1981 AZ 40.00 Nr. 49/2). Bei den Pfarrgebäuden, die in der Bauunterhaltung des Landes stehen, kann es sich nur um solche zusätzlichen baulichen Maßnahmen handeln, die nach den erweiterten Baulastrichtlinien (Ab. Bd. 40 S. 251f.) nicht vom Land finanziert werden. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Mittel nicht für Zuschüsse zu den Kosten für die laufende Instandhaltung bestimmt sind. Die Mittel hierfür müssen in den ordentlichen Haushaltsplänen der Kirchengemeinden bereitgestellt werden. Im Blick auf den hohen Zuschußbedarf und die nur in beschränktem Umfang zu Verfügung stehenden Mittel können auch einmalige Aufwendungen für Instandsetzungen und werterhöhende Maßnahmen unter 10 000 DM nicht bezuschußt werden. Auf die Ausführungen in Nr. 14 wird Bezug genommen.

Auf die strikte Einhaltung der staatlichen Baulastrichtlinien (Bekanntmachung vom 5.8.1963, Ab. Bd. 40 S. 251) und der Pfarrhausrichtlinien 1984 (VO vom 8.11.1983, Abl. Bd. 50 S. 699) mit den in Bälde veröffentlichten Ausführungsbestimmungen wird hingewiesen. Die Richtlinien sind verbindlich. Wenn ihr Standard auf Veranlassung oder mit Billigung des Stelleninhabers überschritten wird, hat der Stelleninhaber die Mehrkosten hierfür zu übernehmen.

Wegen der Reisekostenentschädigung an die Pfarrer wird auf die Reisekostenordnung (Abl. Bd. 48 S. 235) in der Fassung der VO vom 27.2.1984 (Abl. Bd. 51 S. 71), die Ausführungsbestimmungen vom 2.2.1982 (Abl. Bd. 50 S. 11) und auf die Rundschreiben vom 17.3.1981 AZ 31.15 Nr. 155/8, vom 14.11.1983 AZ 23.37 Nr. 143/8 und vom 24.4.1984 AZ 23.37 Nr. 164/8 hingewiesen.

Abweichende Regelungen (z. B. höhere Pauschalentschädigungen, km-Vergütung neben Pauschalentschädigung) sind nicht zulässig.

Die Fahrtkostenerstattung für Stellvertretungsdienste von Pfarrern im aktiven Gemeindedienst ist durch Rundschreiben vom 13.3.1979 AZ 21.32-2 Nr. 26/13 geregelt. Für einzelne Stellvertretungsdienste der Ruhestandspfarer sind die Rundschreiben vom 29.12.1982 und 2.5.1983 AZ 21.32-2 Nr. 41 und 50/2 zu beachten.

Die Hausgebühren sind vom Stelleninhaber allein zu tragen, die Gebühr für die Kaminreinigung und die Immissionsschutzmessung und die Kosten für die Prüfung, Wartung und Reinigung der Heizungsanlage zu drei Viertel (Nr. 5.11 Pfarrhausrichtlinien).

Wegen des Heizkostenersatzes wird auf Nr. 3 Abs. 2ff. dieses Haushaltserlasses verwiesen.

Mieten für Pfarrwohnungen sind nicht unter HHSt. 05.49 (Mietzinsentschädigungen) zu veranschlagen, sondern unter HHSt. 05.53 Mieten. Ein landeskirchlicher Anteil an der Miete für eine Interimswohnung ist als Zuweisung der Landeskirche (HHSt. 05.043) zu behandeln und nicht als Ersatz, da die Wohnungslast der Kirchengemeinde obliegt.

Die Entschädigung an den Pfarrer für Reinigung, Heizung und Beleuchtung des Amtszimmers wird unter HHSt. 05.699 (05.6997) veranschlagt. Der Oberkirchenrat hat mit Rundschreiben vom 14.7.1979 AZ 21.32-5 Nr. 42/2 empfohlen, eine Entschädigung von 1200,- DM zu gewähren.

Bezugsgebühren für Tageszeitungen und Mitteilungsblätter können grundsätzlich nicht durch Kirchensteuerzuweisungen abgedeckt werden. Der Bezug dieser Zeitungen gehört zu den Aufwendungen für die Lebensführung, die die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung eines Pfarrers mit sich bringt.

19. Zu Abschnitt 06 Ausbildung für den Pfarrdienst:

Hier ist z. B. das Büchergeld für Theologiestudenten zu veranschlagen. Die Einnahmen und Ausgaben für die Ausbildungsvikare sind bei Unterabschnitt 0633 Ausbildungsvikare zu veranschlagen.

Wegen der Aufwendungen für die Vikare im regionalen Ausbildungssystem (Ausbildungsvikare) wird auf das Rundschreiben vom 7.12.1973 AZ 22.65 Nr. 69/9 hingewiesen. Die Kostenbeteiligung der Landeskirche hierfür ist als Ersatz (Untergruppe 193) zu veranschlagen. Für die sog. nicht regionalisierten Vikare, die vom 1. September 1984 an ihren Dienst aufnehmen, gilt ebenfalls die og. Kostenbeteiligung der Landeskirche (Rundschreiben vom 4. Juli 1984 AZ 22.65 Nr. 245/2).

Auf die Richtlinien für die Ausbildung im Vorbereitungsdienst vom 12.1.1984 Abl. Bd. 51 S. 13 wird hingewiesen.

20. Zu Abschnitt 07 Mesnerdienst:

Mittel für die Fortbildung sind bei HHSt. 07.64, der Beitrag an den Mesnerbund bei HHSt. 07.67 zu veranschlagen.

Bei der Ermittlung und Bewertung der Arbeitszeit der Mesner ist das Rundschreiben vom 2.4.1979 AZ 59.43 Nr. 17/8 zugrunde zu legen.

Wegen des Bekleidungs geldes für Mesner wird auf das Rundschreiben vom 24.10.1980 AZ 59.43 Nr. 21/8 hingewiesen.

21. Zu Abschnitt 11 Dienst an der Jugend:

Das *Opfer eines besonderen Jugendsonntags* sollte nicht zur Deckung der laufenden Ausgaben der Jugendarbeit in der Gemeinde eingesetzt, sondern für besondere Aufgaben der Jugendarbeit in Gemeinde und Bezirk verwendet werden. Der Kirchengemeinderat entscheidet über die genaue Zweckbestimmung.

Wegen der Vergütung von teilzeitbeschäftigten Mitarbeitern und des Kostenersatzes für ehrenamtliche Mitarbeiter in der Jugendarbeit und wegen eines Beitrags zur Schulung ehrenamtlicher Mitarbeiter in der kirchlichen Jugendarbeit wird auf die Rundschreiben vom 28. Januar 1974 AZ 55.72 Nr. 21/12 und vom 16.10.1981 AZ 55.72 Nr. 123/12 hingewiesen. Es wird empfohlen, pro Schultag und Teilnehmer einen Beitrag von 15,- DM vorzusehen. Das gleiche gilt sinngemäß für die Schulung anderer ehrenamtlicher Mitarbeiter (z. B. in der Kinderkirche).

Die *Beiträge der örtlichen Jugendgruppen an das Evang. Jugendwerk in Württemberg* werden in Pauschalbeträgen erhoben. Der Oberkirchenrat ist damit einverstanden, daß diese Pauschalbeträge aus denjenigen Haushaltsmitteln geleistet werden, die von den Kirchengemeinden für die örtliche Jugendarbeit bereitgestellt werden.

Die Aufwendungen für hauptberufliche Mitarbeiter bei der Vorbereitung, Durchführung und Leitung von Freizeiten sind nach dem Rundschreiben vom 9.3.1976 AZ 23.37 Nr. 38/2 den Kosten der Freizeit zuzurechnen und somit auf die Teilnehmer umzulegen (siehe auch § 18 RKO).

22. Zu Abschnitt 13 Männer/Frauenarbeit:

Unter diesem Abschnitt werden auch Einnahmen und Ausgaben für Altenfeiern und dgl. veranschlagt.

23. Zu Unterabschnitt 211 Allgemeine soziale und diakonische Arbeit der Kirche:

In diesem Unterabschnitt werden die Aufwendungen für die sog. *Armenpflege* (auch Verfügungsmittel an die Pfarramtskasse; vgl. Nr. 1 der Richtlinien zur Führung der Pfarramtskasse vom 23.7.1979, Abl. Bd. 48 S. 335) veranschlagt, ebenso Beiträge an caritative Vereine und Verbände.

24. Zu Unterabschnitt 212 Diakonisches Werk, 234 Familien- und Lebensberatung und 271 Suchtkrankenberatung:

Die Zuwendungen an Anstalten und Einrichtungen des Diakonischen Werkes werden bei Unterabschnitt 212 veranschlagt.

Wegen der Veranschlagung von Zinsen für das Sondervermögen der Diak. Bezirksstellen wird auf unten Ziff. 33 verwiesen.

Für die Zuweisungen des Landes gelten die Richtlinien des Landes

a) über die Förderung von Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen vom 26.11.1982 mit Änderungen vom 16.9.1983 (GABl. 1983 S. 1097 und S. 1100) und

b) über die Förderung von psychosozialen Beratungs- und ambulanten Behandlungsstellen für Suchtgefährdete und Suchtkranke vom 17.5.1983 (GABl. S. 933).

25. Zu Unterabschnitt 221 Kindergarten:

Nach § 8 des staatlichen Kindergartengesetzes vom 29. Februar 1972 (GBl. S. 61) i.d.F. der Bekanntmachung vom 17. Januar 1983 (GBl. S. 29) gewährt das Land Betriebskostenzuschüsse in Höhe von 30 v.H. der anrechnungsfähigen Personalkosten für die Fachkräfte, vorausgesetzt, daß sich die bürgerliche Gemeinde ebenfalls mit mindestens 30 v.H. beteiligt. Auf die Personalkostenzuschuß-Verordnung vom 3.3.1983 (GBl. S. 154) und die Richtlinien hierzu sowie auf die Bekanntmachung vom 20.12.1983 AZ 46.00 Nr. 627 (Beibl. Nr. 3 zu Abl. Bd. 50) hingewiesen.

Auf die Entschließungen der Landessynode zur evang. Kindergartenarbeit vom 10. November 1970 und vom 2. Juli 1983 (Beiblatt Nr. 3 zu Abl. Bd. 50 S. 79-85) wird verwiesen.

Der ungedeckte jährliche Abmangel des Kindergartens, welcher der Kirchengemeinde verbleibt, sollte nur dann mit Bedarfszuweisungen aus der einheitlichen Kirchensteuer voll abgedeckt werden, wenn die Kirchengemeinde einen Elternbeitrag in Höhe des Landesrichtsatzes erhebt (mit Rundschreiben des Oberkirchenrats vom 24.3.1982 AZ 46.02 Nr. 71/2 wurde ab 1.4.1982 der Landesrichtsatz mit einer Sozialstaffelung für Mehrkinderfamilien neu festgesetzt).

Die Löhne für das nebenberufliche Reinigungspersonal sind nicht bei Haushaltsstelle 221.52 sondern bei Haushaltsstelle 221.425 zu veranschlagen.

Die Kinder in den Kindergärten (ausgenommen Kinderkrippen und Kindertagesheime) sind seit 1. April 1971 in die gesetzliche *Unfallversicherung* einbezogen. Auf die Rundschreiben des Oberkirchenrats vom 27. Mai 1971 AZ 20.07-1 Nr. 15/12, vom 17. Juli 1975 AZ 46.00 Nr. 217/5 und vom 7. Juni 1977 AZ 46.7 Nr. 14/8 wird verwiesen.

Wegen der besonderen staatlichen Bezuschussung der Sprachförderung von Ausländerkindern im Vorschulalter wird auf das Rundschreiben vom

14.2.1979 AZ 53.92 Nr. 188/10 und die Richtlinien des Landes vom 14.12.1983 (Beiblatt Nr. 3 zu Abl. Bd. 50 S. 34) verwiesen.

Für die räumliche Ausstattung, die personelle Besetzung und den Betrieb der Kindergärten gelten die staatlichen Richtlinien vom 6.12.1982 (Beiblatt Nr. 3 zu Abl. Bd. 50 S. 11).

Nach diesen Richtlinien können, soweit die räumlichen Voraussetzungen gegeben sind, je Gruppe 25 und mit Ausnahmegenehmigung mehr als 28 Kinder aufgenommen werden.

Es ist bekannt, daß in größeren Städten und Gemeinden einzelne Gruppen unterbelegt sind. In Einzelfällen ist nicht auszuschließen, daß die eine oder andere Gruppe bzw. der Kindergarten geschlossen werden könnte, wenn eine Neueinteilung mit dem Ziel einer Vollbelegung mit 25 Kindern vorgenommen würde.

Wir bitten die Kirchengemeinden, verantwortlich zu prüfen, wie die Kindergärten derzeit belegt sind und ob im einen oder anderen Fall eine Kindergarten-Gruppe geschlossen werden kann, wenn die Kinder anderen unterbelegten Kindergärten zugeteilt werden können.

26. Zu Unterabschnitt 251 Krankenpflegestation und 254 Diakonie-/Sozialstation:

Wegen der unterschiedlichen Finanzierungsgrundlage sind die Einnahmen und Ausgaben für die Krankenpflegestationen und Krankenpflegevereine bei Unterabschnitt 251 und für die Diakonie-/Sozialstationen bei Unterabschnitt 254 zu veranschlagen. Zu den Aufwendungen für die Diakoniestation zählen auch die Ausgaben der Kooperationspartner und Beitragsleistungen an Diakoniestationen, ebenso die Aufwendungen für Pflegeseminare im Rahmen der Diakoniestation.

Die Doppelveranschlagung der Personal- und Sachkosten für die Diakoniestation in den kirchlichen Haushaltsplänen sowohl beim Träger der Diakoniestation als auch beim Kooperationspartner muß vermieden werden, d. h. daß die Aufwendungen nur *einmal bei dem tatsächlichen kirchlichen Anstellungsträger* (entweder kirchl. Diakoniestation oder kirchl. Kooperationspartner) veranschlagt werden. Diakoniestationen, die mit kirchlichen Anstellungsträgern (Kirchengemeinden) Kooperationsverträge abgeschlossen haben, können in ihren Haushaltsplan nur die tatsächlichen, in ihrer Rechnung abzuwickelnden Einnahmen (z. B. gesammelte Zuschüsse, Pflegegebühren) und Ausgaben (z. B. Kosten des Geschäftsführers, Verteilung und Weiterleitung der Zuschüsse an die Kooperationspartner) aufnehmen.

Bei der Krankenpflege, dem Dienst der Diakoniestation und ähnlichen diakonischen Tätigkeiten handelt es sich um eine kirchliche Aufgabe, der sich die Kirchengemeinden nicht entziehen können. Dazu gehört auch die

Bereitstellung von Kirchensteuer- oder anderen ortskirchlichen Haushaltsmitteln, falls der Aufwand nicht anderweitig gedeckt werden kann. Soweit der Finanzbedarf selbständiger Krankenpflegestationen oder anderer diakonischer Einrichtungen durch angemessene Mitgliedsbeiträge der Gemeindeglieder, Pflegegebühren und Beiträge Dritter nicht gedeckt werden kann, ist ein entsprechender Zuschuß der Kirchengemeinde vorzusehen.

Im Hinblick auf die gestiegenen Gesamtkosten wird die Überprüfung des jährlichen Mitglieds- bzw. Förderbeitrags empfohlen. Dieser Beitrag für einen gemeinnützigen mildtätigen Zweck ist in seiner Höhe abhängig von dem Umfang der dadurch eingeräumten Vergünstigungen bei der Abgeltung von Pflegeleistungen im Krankheitsfall. Die Träger der Gemeindekrankenpflege und die Mitglieder von Gemeindekrankenpflegevereinen müssen sich darauf einstellen, daß die pflegerischen Leistungen grundsätzlich gegen Gebühren erbracht werden, die unter bestimmten Umständen von den gesetzlichen Krankenkassen erstattet werden können.

Aufgrund von Vereinbarungen leisten die Krankenkassen für jeden Hausbesuch einen Kostensatz ab 1.1.1985 von 8,65 DM. Diese Regelung gilt nicht für die Krankenkassen, welche den Kostensatz durch jährliche Pauschalbeiträge je Pflegekraft abgelten. Die Voraussetzungen, unter denen der Beitrag gewährt wird, haben sich nicht geändert.

Die kirchliche Trägerschaft einer Diakonie-/Sozialstation bzw. die Beteiligung als Kooperationspartner kann nur bei ausreichender Finanzierung durch das Land, den Landkreis und die bürgerlichen Gemeinden in Frage kommen.

Als Richtsatz für die Beteiligung der bürgerlichen Gemeinden sind 2/3 des Abmangels der Diakoniestation und ihrer Kooperationspartner zu betrachten. Wenn das Beitragsaufkommen eines Fördervereins zur Deckung des kirchl. Anteils am Abmangel eingesetzt wird, darf die Abmangelverpflichtung der bürgerlichen Gemeinde nicht unter 50 v.H. liegen. Auf das Rundschreiben vom 12.12.1977 AZ 45.00 Nr. 28/8 und die Landesrichtlinien für die Förderung von Sozialstationen i.d.F. vom 16.12.1982 vgl. das Rundschreiben vom 5.1.1983 AZ 45.02 Nr. 3/8 wird aufmerksam gemacht.

Soweit die notwendige finanzielle Förderung durch die bürgerlichen Gemeinden noch nicht erreicht ist, sind entsprechende Verhandlungen aufzunehmen.

Die Anhebung der Stationsvergütungen bzw. Stationsbeiträge wird in besonderen Rundschreiben der Entsendestellen (Mutterhäuser) mitgeteilt.

Für die Gewährung eines Kleidergelds für die Pflegekräfte ist das Rundschreiben vom 1.2.1980 AZ 45.23 Nr. 3/8 maßgebend.

Wegen der Abgrenzung von Dienstfahrten und Privatfahrten der Gemeindeschwestern und Mitarbeiter in Diakonie- und Sozialstationen wird auf das Rundschreiben vom 19.3.1984 AZ 23.37 zu Nr. 154/8 verwiesen.

27. Zu Abschnitt 31 Gemeindegirchliche Aufgaben:

Hier werden veranschlagt: Beiträge und Festgaben an das Gustav-Adolf-Werk, ferner Aufwendungen aufgrund von Patenschaften für Kirchengemeinden in der DDR.

28. Zu Abschnitt 35 Kirchlicher Entwicklungsdienst:

Die Kirchengemeinden stellen im Blick auf die bei der Weltkirchenkonferenz in Uppsala gefaßten Beschlüsse (vgl. Rundschreiben vom 2.12.1968 AZ 77.71 Nr. A. 20432/2) Mittel für den Kirchlichen Entwicklungsdienst in der Vorjahreshöhe bereit.

Diese Mittel sollten in zwei Halbjahresraten bis spätestens 15. Juni und 15. Dezember über die Bezirksamplersammelstelle an die Kasse des Oberkirchenrats abgeführt werden (Rundschreiben vom 18. April 1973 AZ 86.43-2 Nr. 25/2).

29. Zu Abschnitt 38 Weltmission:

Bei diesem Abschnitt werden die Mittel für Weltmission veranschlagt. Ein Richtsatz von wenigstens 1,20 DM pro Gemeindeglied sollte nicht unterschritten werden. Davon können 0,60 DM aus Steuermitteln entnommen werden; der darüber hinausgehende Betrag soll durch besondere Opfer und Spenden aufgebracht werden. Es wird gebeten, auch bei rückläufiger Gemeindegliederzahl (nur noch Berücksichtigung des Hauptwohnsitzes) die Beitragshöhe gegenüber dem Vorjahr nicht zu reduzieren. Um den Gemeinden die Sache der Mission anschaulich zu machen, gibt die Württembergische Arbeitsgemeinschaft für Weltmission die Arbeitshilfe „Aufgaben 1985“ heraus, in der konkrete Opferziele aus einem breiten Spektrum missionarischer Einsätze dargestellt werden. Im Interesse der Sache ist eine über den Richtsatz hinausgehende Beteiligung an den Aufgaben der Weltmission erwünscht (Abl. Bd. 40 S. 93 IV).

Das haushaltsmäßig veranschlagte Opfer für Weltmission bringt zum Ausdruck, daß Mission eine unaufgebbare Lebensfunktion der ganzen Kirche ist; es soll die Vielfalt der Anstrengungen in einem vertretbaren Rahmen überschaubar machen und bündeln.

Alle Einnahmen, die auf diesen Plansatz angerechnet werden sollen, sind bei Abschnitt 38 zu buchen (Also nicht unter „durchlaufende Opfer“). Es sind dies Kollekten bei Gottesdiensten und Veranstaltungen, die vom Kirchengemeinderat für die Weltmission bzw. für das von ihm ausgewählte Projekt bestimmt werden. Das Landesopfer am Erscheinungsfest ist dagegen ein „durchlaufendes Opfer“.

Für möglichst frühzeitige Ablieferung an die Bezirksopfersammelstelle ist Sorge zu tragen. Direktablieferungen der Kirchengemeinde an die Projektträger (z. B. Aushändigung der Kollekte an den bei der Veranstaltung mitwirkenden Missionar) können nicht auf das Opfer für Weltmission angerechnet werden. Auf das Rundschreiben vom 16.12.1983 AZ 52.14-3 Nr. 403/5 wird hingewiesen.

Weitere außerhalb der oben genannten Bemessungsgrundlage für Missionsgesellschaften angesetzte Opfer und deren Weiterleitung sind bei Unterabschnitt 381 zu veranschlagen.

30. Zu Einzelplan 4 Öffentlichkeitsarbeit:

Hier sollte ein Plansatz vorgesehen werden, der so bemessen ist, daß mit ihm die Kosten für Gemeindebriefe, Schaukastenmaterial, Gemeindegeweiher, Briefe für Neuzugezogene und Werbemittel für Veranstaltungen gedeckt werden können.

31. Zu Einzelplan 5 Bildungswesen und Wissenschaft:

In Einzelplan 5 sind die Einnahmen und Ausgaben für Veranstaltungen der Erwachsenenbildung z. B. für Seminararbeit, Mütterschulen (s. auch oben Nr. 11.1 und Nr. 16) und für die Gemeindebücherei zu veranschlagen.

Bildungsarbeit mit Erwachsenen gehört zu den Aufgaben der Kirchengemeinden; sie ist auch unter den Dienstpflichten der Gemeindepfarrer nach dem Pfarrergesetz genannt, vgl. § 13 Abs. 2 Pfarrergesetz. Deshalb sind im Haushaltsplan Mittel zur Durchführung von Veranstaltungen dieser Art in der voraussichtlich benötigten Höhe vorzusehen.

Auf die Entschließung der Landessynode zur Erwachsenenbildung vom 29. März 1971 (Bekanntmachung des Oberkirchenrats vom 19. April 1971 AZ 55.152 Nr. 29, Abl. Bd. 44 S. 354), das staatliche Gesetz zur Förderung der Weiterbildung und des Bibliothekswesens i. d. F. vom 20.3.1980 (GBl. S. 249), die Verordnung zur Durchführung dieses Gesetzes vom 19.12.1978 (GBl. 1979 S. 66) und die Ordnung der kirchlichen Bildungsarbeit mit Erwachsenen vom 27. Dezember 1977 AZ 55.152 Nr. 211 (Abl. Bd. 48 S. 33) wird hingewiesen.

Hinsichtlich der Gemeindebüchereien ist das Rundschreiben des Oberkirchenrats vom 30.9.1976 AZ 55.142-4 Nr. 13/2 zu beachten.

32. Zu Einzelplan 7 Rechtsetzung, Leitung und Verwaltung, Rechtsschutz:

Die Kosten für die Schulung und Fortbildung der Kirchengemeinderäte sollten von den Kirchengemeinden übernommen werden. Ggf. sind bei HHSt. 71.67 die erforderlichen Mittel zu veranschlagen.

Als Kostenersatz an die Landeskirche sind zu veranschlagen:

a) für Kirchengemeinden, die am 1.1.1985 dem automatisierten kirchlichen Meldewesen angeschlossen sind, bei HHSt. 76.693 (767.6936) ein evtl. Mehrbedarf für Sonderauswertungen in Höhe von 0,05 DM bis 0,10 DM je Gemeindeglied. Der Grundbetrag für das kirchliche Meldewesen in Höhe von 0,30 DM je Gemeindeglied wird über den Kirchenbezirk abgerechnet.

b) für Kirchengemeinden, die das EDV-Verfahren Finanzwesen/Kirche anwenden, bei HHSt. 76.693 (766.6936) ein Betrag in Höhe von 0,35 DM je Buchungszeile bei Buchungsgemeinschaften und 0,45 DM bei Kassengemeinschaften und ggf. der sonstige Sachkostenersatz an die Landeskirche (z. B. für Bezug von Formularen u. ä.)

c) für die von der ZGAsT. erbrachten Leistungen für jeden Besoldungs- und Vergütungsabrechnungsfall 42,- DM bzw. 96,- DM (s. oben Nr. 8) bei HHSt. 76.693 (766.6939).

Die eigenen Datenverarbeitungskosten, die weder ersetzt werden müssen noch weiter verrechnet werden können, fallen unter die HHSt. 76.63 (769.636).

Anfallende Rechnungsstellerkosten der Kirchengemeinden sind unter HHSt. 76.425 zu veranschlagen.

Evtl. Sonderumlagen der Kirchengemeinden an den Kirchenbezirk (z. B. für Rechnungsstellung, EDV Kosten Finanzwesen Kirche, Kanzleikosten) sind bei den Kirchengemeinden bei HHSt. 76.742 und beim Kirchenbezirk bei HHSt. 76.041 zu veranschlagen.

Unter den Abschnitt 76 (Unterabschnitt 769) fallen z. B. die nicht aufteilbaren Kosten für Mitarbeiterausflüge und die Schwerbehindertenabgabe. Eine Ausscheidung der anteiligen Kosten für das Personal in Kindergärten (Unterabschnitt 221) und Krankenpflege- bzw. Diakoniestationen (Unterabschnitt 251 bzw. 254) ist wegen der kommunalen Betriebskostenzuschüsse notwendig.

33. Zu Abschnitt 83 Geld-(Kapital-)vermögen:

Die Zinseinnahmen aus Geldanlagen (auch Arbeitgeberdarlehen) und Giro Guthaben sind ordentliche Einnahmen und bei HHSt. 83.11 in voller Höhe zu veranschlagen, auch wenn Zinsen teilweise zur Finanzierung von Bauvorhaben verwendet oder einer Rücklage zugeführt werden (vgl. oben Nr. 10 letzter Absatz). Die so ermittelten Zinsen sind besonders zu erläutern.

Die Zinsen aus dem Sondervermögen rechtlich nicht selbständiger Einrichtungen (z. B. Diak. Bezirksstelle, Evang. Jugendwerk) sind im Haushaltsplan bzw. Teilhaushaltsplan (Wirtschaftsplan) als Finanzierungsmittel für diese Einrichtungen zu veranschlagen (vgl. Nr. 5 der Diakonischen Bezirksordnung vom 31.5.1983 Abl. Bd. 50 S. 420).

Verwaltet eine Kirchengemeinde Rücklagen, die aus Geldern einer rechtlich selbständigen diakonischen Einrichtung (z. B. e. V.) gebildet wurden, können die hierauf entfallenden Zinsen diesen Rücklagen zugeführt werden.

Aus Wirtschaftlichkeitsgründen ist darauf zu achten, daß die Kassenbestände (Barbestände, Giro Guthaben) möglichst nieder gehalten werden.

Rückzahlungen von *Arbeitgeberdarlehen*, die nicht ausschließlich im Sachbuch Teil III Vermögen abgewickelt werden, werden bei HHSt. 83.32 vereinbart (s. hierzu auch Nr. 37).

34. Zu Abschnitt 87 Stiftungsvermögen:

Einnahmen und Ausgaben von Stiftungsvermögen werden in Abschnitt 87 veranschlagt. Ein Mehrertrag des Stiftungsvermögens, der bestimmungsgemäß zur Armenpflege verwendet wird, ist in den Unterabschnitt 211 zu übertragen (Ausgabepiansatz bei HHSt. 87.84, Einnahmeplansatz bei HHSt. 211.24).

35. Zu Abschnitt 91 Kirchensteuern, Abschnitt 92 Zuwendungen zur Deckung des allgemeinen Haushaltsbedarfs:

Das Aufkommen an *Kirchgeld* und die *Bedarfszuweisungen* aus dem Aufkommen an einheitlicher Kirchensteuer sind zu veranschlagen.

Zu beachten ist, daß zweckgebundene Zuweisungen (weitere Bedarfszuweisungen, Zuweisungen aus dem Ausgleichsstock) sachgebietsbezogen nachzuweisen sind, z. B. bei 011 Gottesdienst, 03 Allgemeine Gemeindefarbeit, 221 Kindergarten, 971 Betriebskapital. Eine Veranschlagung solcher Zuweisungen im Haushaltsplan kommt in der Regel nicht in Betracht.

36. Zu Abschnitt 94 Pauschalabkommen (Sammelversicherungen):

Steuern, Abgaben und Versicherungsprämien sind grundsätzlich auf die einzelnen Sachgebiete aufzuteilen.

Wegen der Sammel-Versicherungen (Haftpflicht, Unfall, Inventar, Vermögens- und Vertrauensschaden, Privat-Kfz.) wird auf die Bekanntmachungen im Abl. Bd. 45 S. 493, Bd. 47 S. 110 und S. 420, Bd. 48 S. 218 und Bd. 49 S. 321 sowie auf die Rundschreiben vom 2. Januar 1968 AZ 40.07-1 Nr. A. 19654/67/12, vom 12. Juli 1968 Nr. A. 11848/12, vom 15. April 1969 Nr. A. 6900/12, vom 27. April 1970 AZ 40.07-1 Nr. 4/12, vom 27. Juli 1972 AZ 13.09-4 Nr. 5/8 und vom 10.2.1975 AZ 13.09-2 Nr. 27/8 verwiesen. In den Haushaltsplänen der Kirchengemeinden sind entsprechende Plansätze dann zu veranschlagen, wenn die Versicherung nach dem Sammelvertrag nicht ausreichend ist und Zusatzverträge abgeschlossen sind.

Die Veranschlagung dieser Versicherungsprämien geschieht bei HHSt. 94.52.

Versicherungsprämien außerhalb der Sammelverträge der Landeskirche (z. B. Gebäude-Leitungswasserversicherung Abl. Bd. 47 S. 420) sind unter der Gr. 52 bei der zutreffenden Funktion (z. B. 03 Gemeindehaus) zu veranschlagen.

Die Beiträge an die *Verwaltungsberufsgenossenschaft* (gesetzliche Unfallversicherung) für die Mitarbeiter der Kirchengemeinden sind bis auf weiteres ganz auf landeskirchliche Mittel übernommen (vgl. Rundschreiben vom 10. Mai 1958 Nr. A. 6406/12, Dek. Reg. B IV 2a). Nach dem Rundschreiben vom 12.2.1980 AZ 20.07-1 Nr. 136/8 genießen auch die ehrenamtlich Tätigen (z. B. Chormitglieder) und Helfer bei Sammlungen diesen Versicherungsschutz. Die Kirchenbezirke haben für ihre Mitarbeiter die Versicherungsprämie zu entrichten.

37. Zu Abschnitt 96 Schulden:

Der Schuldendienst ist stets bei der sachlich zugehörigen Funktion (z. B. 011 Gottesdienst, 03 Allgemeine Gemeindefarbeit, 05 Pfarrdienst, 221 Kindergarten, 226 Waldheim, 81 Wohn- und Geschäftsgrundstücke) nachzuweisen, nötigenfalls durch entsprechende Aufteilung. Bei Abschnitt 96 ist nur der Schuldendienst für Schulden zu Lasten des Gesamthaushalts (z. B. Kassenkredite) und für Schulden, die zur Finanzierung von *Arbeitgeberdarlehen* aufgenommen worden sind, zu veranschlagen. Wenn im letzteren Fall Tilgungsraten veranschlagt sind, sind die Rückzahlungen des Arbeitnehmers bei HHSt. 83.32 als Einnahmeplansatz vorzusehen.

Erbbauzinsen sind keine Schuldzinsen, sondern fallen unter die Grupp.-Nr. 53.

38. Zu Abschnitt 97 Rücklagen:

Rücklageentnahmen und Rücklagezuführungen werden sachgebietsbezogen veranschlagt. Nur das Betriebskapital, die Allgemeine Ausgleichsrücklage, die Sozialrücklage und die Personalkostenrücklage fallen unter Abschn. 97.

Falls Kirchengemeinden noch kein *Betriebskapital* in der in § 7 Abs. 2 VVO I vorgesehenen Höhe haben, ist eine Erhöhung, ggf. aus „freien Mitteln“, geboten.

39. Zu Abschnitt 99 Abwicklung der Vorjahre:

Ein Überschuß aus Vorjahren ist bei Haushaltsstelle 99.291 als Einnahme zu veranschlagen. Auf Nr. 10 wird hingewiesen.

Ist ein Fehlbetrag abzudecken, so sind die erforderlichen Mittel bei Haushaltsstelle 99.891 einzustellen. Zur Finanzierung sind in der Regel frei verfügbare Mittel einzusetzen.

C. Abschluß des Haushaltsplans, Vermögensberechnungen

40. Schlußbilanz

Dem Haushaltsplan 1985 ist als Anhang beizufügen:

eine Fertigung der (endgültigen oder vorläufigen) Schlußbilanz auf 31.12.1983.

Wenn Kirchengemeinden mit dem zweijährigen Rechnungszeitraum 1983/1984 im Interesse einer Verwaltungsvereinfachung auf eine „Zwischenbilanz“ verzichten und den gesamten Überschuß oder Fehlbetrag des zweijährigen Rechnungszeitraums im Haushaltsplan des zweiten Jahres des darauffolgenden Rechnungszeitraums veranschlagen wollen (also Veranschlagung des gesamten Überschusses oder Fehlbetrags vom Rechnungszeitraum 1983/1984 im Haushaltsplan 1986), so wird dies nicht beanstandet. In diesem Fall ist die Schlußbilanz auf 31.12.1982 anzuschließen.

II. Haushaltsplan- und Steuerbeschluß

41. Haushaltsplan- und Steuerbeschluß

Für den Haushaltsplan- und Steuerbeschluß wird folgender Wortlaut empfohlen:

„Der Kirchengemeinderat hat den Haushaltsplan der Kirchengemeinde für das Rechnungsjahr 1985 beraten.

Der Haushaltsplan wird unter Beachtung der Bestimmungen des Erlasses über Haushaltspläne und Steuerbeschlüsse der Kirchengemeinden für das Rechnungsjahr 1985 vom 3. Juli 1984 AZ 77.11 Nr. 72 festgestellt mit

einer Plansumme der Einnahmen von DM

einer Plansumme der Ausgaben von DM

Es wird beschlossen:

als Ortskirchensteuer zu erheben

ein Kirchgeld in Höhe von jährlich 7,- DM von den Gemeindegliedern, die

a) am 1. Januar 1985 das 18. Lebensjahr vollendet und

b) eigene Einkünfte oder eigenes Vermögen haben, das zur Vermögenssteuer herangezogen wird und

c) keine Kircheneinkommen-(Kirchenlohn-)steuer entrichten.

Für Ehepaare beträgt das Kirchgeld zusammen 7,- DM.

Bei konfessions- oder glaubensverschiedenen Eben beträgt das Kirchgeld für den evangelischen Ehegatten 3,50 DM.

Veranschlagter Ertrag DM

*Es wird beantragt,
die zum Ausgleich des Haushaltsplans erforderlichen
Bedarfszuweisungen aus dem Ertrag der einheitlichen
Kirchensteuer 1985 in Höhe von DM
zu bewerkstelligen."*

III. Genehmigung und Vollziehbarkeitserklärung

42. Dem Kirchenbezirksausschuß werden die Haushaltspläne und die Haushaltsplan- und Steuerbeschlüsse der Kirchengemeinden in dreifacher Fertigung vorgelegt.

Sämtliche Kirchengemeinden, die

a) Darlehen aufgenommen haben oder aufgrund einer vom Oberkirchenrat bereits erteilten Genehmigung aufnehmen wollen, oder

b) einen Grundstocksangriff gegen Wiederersatz vorgenommen haben, schließen ihrem Haushaltsplan 1985 eine *Übersicht über den Schuldenstand* auf 31.12.1984 an.

43. Die für die staatliche Genehmigung der Ortskirchensteuerbeschlüsse geltenden Bestimmungen werden sobald als möglich bekanntgegeben.

44. Der *Kirchenbezirksausschuß* prüft die ihm vorgelegten Haushaltspläne sorgfältig, *insbesondere*, ob die Bestimmungen dieses Erlasses beachtet sind. Vor allem ist auch darauf zu achten, daß die Berechnungen im Anhang des Haushaltsplans (vgl. oben Nr. 40) nicht fehlen. Unvollständige und mangelhafte Haushaltspläne und Übersichten werden zur Ergänzung zurückgegeben. Überhöhte oder unbegründete Plansätze sollen beanstandet und die Bedarfszuweisungen entsprechend gekürzt werden. Wenn die Rücksicht auf die Finanzlage der anderen Kirchengemeinden des Bezirks es gebietet, müssen weniger dringende Ausgabeplansätze vorläufig gesperrt werden.

Nach Prüfung aller Haushaltspläne der Kirchengemeinden stellt der Kirchenbezirksausschuß die *Summe der Bedarfszuweisungen* fest, die zum Ausgleich der Haushaltspläne *aller Kirchengemeinden des Kirchenbezirks* benötigt wird.

a) Ist die Summe durch den Betrag *gedeckt*, den der Kirchenbezirk nach oben Nr. 12 voraussichtlich als Anteil am Aufkommen an einheitliche Kirchensteuer 1985 erhalten kann, so wird auf sämtlichen Ausfertigungen der Haushaltsplan- und Steuerbeschlüsse der Genehmigungsvermerk ange-

bracht, aus dem die Höhe der Bedarfszuweisung aus dem Ertrag der einheitlichen Kirchensteuer hervorgeht.

b) Ist die Summe der Bedarfszuweisungen (oben Abs. 2 Satz 1) *höher* als der Betrag, den der Kirchenbezirk nach oben Nr. 12 voraussichtlich als Anteil am Aufkommen an einheitlicher Kirchensteuer 1985 erwarten kann, so versucht der Kirchenbezirksausschuß, aufgrund einer nochmaligen kritischen Prüfung der Haushaltspläne einen Ausgleich innerhalb des Bezirks herbeizuführen. Gelingt der Ausgleich nicht, so sind sämtliche Haushaltspläne mit einer Stellungnahme des Kirchenbezirksausschusses dem Oberkirchenrat zur Prüfung vorzulegen.

Nach *Genehmigung des Haushaltsplans und des Steuerbeschlusses* gibt das Dekanat eine Ausfertigung des Haushaltsplans und des Haushaltsplan- und Steuerbeschlusses an den Kirchengemeinderat zur Auflegung des Haushaltsplans (§ 43 Abs. 2 KGO) zurück. Die zweite Ausfertigung verbleibt bei den Akten des Dekanatsamts; *die dritte Ausfertigung geht an den Oberkirchenrat*. Der Ausfertigung für den Oberkirchenrat ist eine Besoldungsübersicht anzuschließen. Vordrucke können vom Vordruckverlag für Evang. Pfarrämter und Verwaltungen bezogen werden.

Wenn nach der Deckung des haushaltsplanmäßigen Bedarfs aller Kirchengemeinden des Kirchenbezirks noch Mittel zur Verfügung stehen, werden sie vom Kirchenbezirksausschuß auf die in Frage kommenden Kirchengemeinden für *einmalige Ausgaben* der in Nr. 10 1. Halbsatz bezeichneten Art verteilt. Der Oberkirchenrat geht davon aus, daß der Kirchenbezirksausschuß aufgrund seiner Kenntnis der Verhältnisse im Kirchenbezirk und anhand der Übersichten über Bauvorhaben der Kirchengemeinden (vgl. Rundschreiben vom 29. März 1961 Nr. A. 4572/7, vom 30. Dezember 1965 Nr. A. 21802/7, Dek.Reg. B. IV 3, Pfarr-Reg. III A 16c, vom 4.3.1976 AZ 40.00 Nr. 15/5, vom 28.7.1976 Nr. 17/5 und vom 12.6.1981 Nr. 49/2) in der Lage ist, diese Mittel gerecht zu verteilen. Dabei ist davon auszugehen, daß Anträge auf Zuteilung aus dem Ausgleichsstock nur für größere dringende Vorhaben gestellt werden sollen, während weitere Bedarfszuweisungen in erster Linie für nicht weniger dringende, aber kleinere einmalige Ausgaben in Frage kommen, die mit den in Nr. 10 erwähnten Mitteln nicht gedeckt werden können. Das Dekanatsamt teilt den betreffenden Kirchengemeinden den vom Kirchenbezirksausschuß zugeteilten Betrag mit.

Je eine Abschrift dieser Schreiben ist dem Oberkirchenrat mit einem Beibericht zu übersenden.

Vordrucke für die vorstehenden Schreiben werden den Dekanatsämtern zugehen.

IV. Beschleunigte Feststellung der Haushaltspläne

45. Die Dekanatämter überwachen den rechtzeitigen Eingang der Haushaltspläne und beschleunigen das Genehmigungsverfahren. Auf die in Nr. 13 genannten Termine wird nochmals hingewiesen.

46. Die geordnete Fertigung des Haushaltsplans setzt voraus, daß das Sachbuch zur Kirchenpflegerechnung auf den neuesten Stand ergänzt ist. Es wird daher nachdrücklich auf die §§ 50, 51 und 56 VVO I aufmerksam gemacht, wonach das Sachbuch zur Kirchenpflegerechnung vor Beginn des Rechnungszeitraums anzulegen, regelmäßig zu ergänzen und nach Ablauf des Rechnungszeitraums möglichst bald abzuschließen ist. Es sollte angestrebt werden, daß der Abschluß bei kleinen und mittleren Kirchengemeinden binnen 6 Monaten, bei größeren Kirchengemeinden binnen eines Jahres nach Ablauf des Rechnungszeitraums vorliegt. Ein zeitnaher Rechnungsabschluß muß erreicht werden, wenn ein geordneter Finanzausgleich unter den Kirchengemeinden möglich sein soll.

I. V.

Dr. Dummler

Sprechzeiten des Oberkirchenrats: nur Montag, Mittwoch und Freitag von 9.00 bis 11.00 Uhr, wobei unvorhergesehene Verhinderung der Berichterstatter des Oberkirchenrats in Kauf genommen werden muß. Vorherige rechtzeitige Anmeldung eines Besuches ist in jedem Fall erwünscht. Außerhalb der Sprechzeiten dürfen Besucher nicht damit rechnen, daß sie empfangen werden können.

Der Oberkirchenrat bittet, während der Sprechstunden telefonische Anrufe bei den Berichterstattern auf dringende Angelegenheiten zu beschränken.

Amtsblatt: Laufender Bezug nur durch das Sekretariat des Evang. Oberkirchenrats. Bezugspreis vierteljährlich 6,- DM einschließlich Porto- und Versandkosten.

Einzelnummern laufender oder früherer Jahrgänge können vom Sekretariat des Evang. Oberkirchenrats - soweit noch vorrätig - bezogen werden.

Anschriften: Evang. Oberkirchenrat, Postfach 92, Gänsheidestr. 2 und 4, 7000 Stuttgart 1, Telefon (07 11) 2149-1.

Konten der Kasse des Evang. Oberkirchenrats Stuttgart:

Nr. 1531 Landesbank (Girozentrale) Stuttgart (BLZ 600 500 00)

Nr. 2 003 225 Landesgirokasse Stuttgart (BLZ 600 501 01)

Nr. 9050-708 Postscheckamt Stuttgart (BLZ 600 100 70)